



STÄDTENETZWERK
Stärkung lokaler Demokratie
durch bürgerorientierte
integrierte Stadtentwicklung

www.vhw.de

STÄDTENETZWERK

Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung



Unser Gemeinwesen steht vor großen Herausforderungen:

Es geht um Chancengerechtigkeit zwischen den Generationen durch nachhaltigeres Handeln. Es geht um die Anpassung an den demographischen Wandel durch Ermöglichung veränderter Lebensformen. Es geht um bessere Bildungschancen, die wirkliche Integration von Zuwanderern und es geht um einen generationengerechten finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen. Brauchbare Antworten auf diese Herausforderungen werden sich nur ergeben durch ein dialogorientiertes und partnerschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten aus Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft auf der lokalen Ebene. Nur „vor Ort“ in den Städten und Gemeinden liegt das nötige gesellschaftliche Potenzial, um den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.

Dieses gestalterische Potenzial von Städten und Gemeinden soll im Sinne des Gemeinwohls kooperativ erschlossen werden.

Im Dialog mit dem Bürger kann die nötige Kompetenz zur Lösung der Probleme gewonnen werden. Politik und Wirtschaft sollen noch stärker berücksichtigen, dass nur partnerschaftliche Lösungen mit der Bürgerschaft tragfähige Ergebnisse hervorbringen. Dabei soll die Bürgerschaft mit- und eigenverantwortlich ihren Beitrag leisten. Indem die Bürger und Bürgerinnen aktiv als Mitgestalter und „Koproduzenten“ ihrer Stadt wirken und sich damit stärker als zuvor mit ihrem Gemeinwesen identifizieren, werden die lokale Demokratie und das Gemeinwohl dauerhaft gestärkt.

Es gilt, das Zusammenspiel der kommunalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft in transparenten, fairen und ergebnisoffenen Dialogprozessen zu organisieren. Nur so kann es zu einer echten Teilung von gemeinsamer Verantwortung kommen, die in eine neue Form des kommunalen Miteinanders münden kann: so entsteht urban governance. Dies halten wir in zentralen Fragen der kommunalen Zukunft, an denen wir arbeiten, für unabdingbar.



Wir – Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft – wollen auf diese Weise die Gemeinwesen, in denen wir Verantwortung tragen, unterstützen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Jeder soll seinen Teil beitragen können – im wohlverstandenen Eigeninteresse wie im Interesse des Gemeinwohls.

Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, benötigen wir mehr Wissen über die Lebenswelten der Bürger, Kenntnis über geeignete Verfahren, die die Chancen zum Dialog der Akteure stärken, die Fähigkeit zur Kooperation und – vor allem – Vertrauen zueinander. Dafür bedarf es der Selbstverpflichtung aller Akteure:

- Die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen fühlen sich einer integrierten Stadtentwicklung verpflichtet. Dabei werden die Bürger durch die Milieuforschung in ihrer Wertorientierung und Lebenswelt wahrgenommen und verstanden. Die so gewonnenen Erkenntnisse über die unterschiedlichen Lebensweisen werden zur Grundlage dialogischer Verfahren von Bürgerschaft, Verwaltung und Unternehmen.
- Die Entscheidungsträger aus der Wirtschaft wirken an der integrierten Stadtentwicklung mit. Dies bedeutet nicht, sich mit der Rolle eines reinen Sponsors zufriedenzugeben, sondern es erfordert die Bereitschaft, reale Verantwortung für das Gemeinwesen in Abstimmung mit der Bürgerschaft zu übernehmen.
- Die Zivilgesellschaft eröffnet bessere Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe jedes Einzelnen – neben den klassischen Strukturen von Vereinigungen, Verbänden, Parteimitgliedschaften und Konfessionsgruppen. Zur Selbstverpflichtung der Bürger gehört, das ihnen mögliche Maß an Mitverantwortung für das eigene Lebensumfeld zu übernehmen und dieses aktiv mitzugestalten.

Voraussetzung dieser die Politik, die Wirtschaft und die Bürgerschaft umfassenden Selbstverpflichtung ist, dass die kommunalen Organe nicht als ausführende Organe der bundes- und landespolitischen Ebenen wahrgenommen werden, sondern als Partner auf Augenhöhe im politischen Prozess handeln. Diese Verantwortungsteilung schließt ein, alle lokal Handelnden als Wissensträger bürgerschaftlicher Prozesse und als Moderatoren der Dialoge und Konflikte zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft zu verstehen. Nur so kann die örtliche Ebene ihrer Verantwortung im föderalen Staatsaufbau wirklich gerecht werden.



Für alle staatlichen Ebenen bedeutet dies, mit den Kommunen einen transparenten und fairen Dialog zu führen.

Das setzt voraus, dass zwischen Ländern und Kommunen qualitative Rahmenbedingungen abgestimmt werden, die den lokalen Ebenen den Spielraum für eine Umsetzung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Selbstverwaltung ermöglichen.

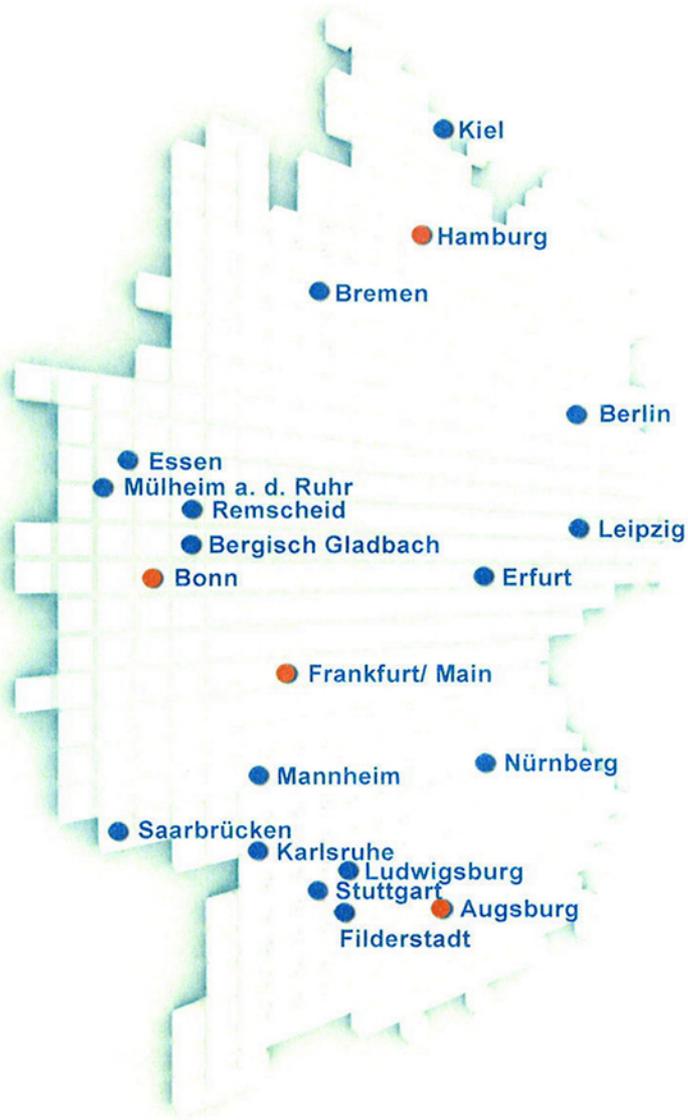
Der vhw hat sich verpflichtet, den Weg zu diesen – Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft umfassenden – Dialog- und Entscheidungsverfahren zu ebnet. Zu diesem Zweck wird er:

- das Wissen über die Vielfalt der Stadtgesellschaft anwendungsorientiert erschließen,
- die Rahmenbedingungen für ein kommunales Netzwerk schaffen und dieses begleitend fördern,
- Bürger und Unternehmen an die gemeinsame Verantwortung für die Stadt heranführen,
- die hierfür erforderlichen Dialogverfahren moderierend unterstützen,
- gemeinsam mit den Akteuren funktionsfähige Regelungsstrukturen entwickeln und das Fortbildungsangebot erweitern und damit die Akteure befähigen, Verantwortung zu übernehmen (Leadership).



vhw-Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Fritschestraße 27/28 · 10585 Berlin
Telefon: 030 390473-0 · Fax: 030 390473-190
E-Mail: bund@vhw.de · www.vhw.de

STÄDTENETZWERK



- Städte mit Vertrag
- Städte im Gespräch

Stand: 24. Februar 2011

vhw

„Wir Kommunen sind nicht Kellergeschoss der Demokratie sondern ihr Fundament“

Abschlussdiskussion des Auftaktkongresses zum Städtenetzwerk mit vier Ressortleitern zum Thema „Und zum Schluss: Was das Städtenetzwerk leisten muss!“

Portrait-Leiste der vier Diskussionsteilnehmer mit Bildunterschriften:

Günter Berndmeyer, Leiter Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen

Ulrich Ernst, Dezernent für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport in Mülheim an der Ruhr

Dr. Martin Lenz, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dezernent für Jugend und Eltern, Soziales, Schulen, Sport, Bäder und Migrationsfragen

Stephan Schmickler, Erster Beigeordneter/Stadtbaurat der Stadt Bergisch Gladbach

Wie kommt es, dass sie dem Städtenetzwerk beigetreten sind, und was erwarten Sie sich von Ihrer Teilnahme?

Stephan Schmickler: Die Stadt Bergisch Gladbach arbeitet schon seit einigen Jahren mit dem vhw zusammen. Im Jahr 2008 haben wir gemeinsam eine Milieuanalyse zu den Wohnungsbedürfnissen in der Stadt erstellt und sehr spannende Erkenntnisse erhalten. Nach diesen positiven Erfahrungen lag eine vertiefte Zusammenarbeit im Rahmen des Städtenetzwerks nah. Wir sind vor Ort ja immer sehr froh, wenn uns jemand hilft, eine neue Perspektive einzunehmen und dadurch Sachverhalte zu verstehen, die schwer zu fassen sind. Solche neuen Erkenntnisse, wie wir sie damals hatten, erwarten wir uns auch durch das Städtenetzwerk. Im Bezug auf das Thema Beteiligung wird es einerseits wichtig sein, partizipative Prozesse zu gestalten und durchzuführen und andererseits die Bedeutung derartiger Prozesse auch in die Politik zu tragen und dort für Verständnis zu werben.

Ulrich Ernst: Seit ich auf einem vhw-Verbandstag einen Vortrag von Herrn Perry über den milieuanalytischen Zugang gehört habe, stellt sich mir einerseits die Frage, was dies für unsere Stadt oder für einzelne Stadtteile bedeutet: Geben uns Milieuanalysen zusätzliche Erkenntnisse, die uns in die Lage versetzen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und Beteiligung zu organisieren? Und zweitens: Wie gehen wir mit denen um, die draußen von der Tür stehen, sowohl bei politischen Wahlen als auch bei anderen Beteiligungsprozessen? Dies betrifft insbesondere die nachfolgenden Generationen. Wir führen in Mülheim ein Screening der Kindergartenkinder durch, das uns zeigt, dass Kinder – in benachteiligten Stadtteilen in kaum vorstellbarem Umfang – schon mit 3 bis 4 Jahren abgehängt sind. Sie sind draußen und bleiben es, wenn wir sie und ihre Eltern nicht erreichen. Das können wir uns angesichts der demografischen Entwicklung aus volkswirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Sicht überhaupt nicht leisten. Zentrale Zukunftsfrage ist m.E. wie wir die Teilhabe dieser Kinder und ihrer Eltern hinbekommen.

Günter Berndmeyer: Wir haben uns sehr ehrlich die Frage gestellt, warum wir dem Städtenetzwerk beitreten sollen. Wir haben langjährige Erfahrungen mit Dialogprozessen und seit über 20 Jahren sind wir (zeitversetzt) in zwei Soziale-Stadt-Gebieten aktiv. Dennoch ist eine Teilnahme am Städtenetzwerk vernünftig, denn zusätzlich zu diesen Erfahrungen werden die Milieudaten uns helfen, andere Strategien und Zugänge zu finden. Das Städtenetz ist auf drei Jahre befristet und wir sollten in dieser Zeit gut zusammenarbeiten. So etwas muss professionell organisiert werden. Es muss funktionierende Informationsflüsse zwischen den Teilnehmerstädten geben, aber auch darüber hinaus, z.B. durch Kongresse wie diesen. Denn wir können viel voneinander lernen und wie man so sagt: „Versuch macht klug“. Selbst wenn wir in drei Jahren nicht auf alle Fragen Antworten

Stadtentwicklung

Nicht Kellergeschoss der Demokratie sondern Fundament!

gefunden haben, hat es sich dennoch gelohnt, dass wir miteinander gearbeitet haben.

Dr. Martin Lenz: Unser Einstieg als Stadt Karlsruhe in das Städtenetzwerk ist schon Antwort auf die Frage. Wir waren eine der ersten Städte, die dem Städtenetzwerk beigetreten sind. Denn der vhw begreift unseren Schwerpunkt Bildungsplanung als Teil von Stadtentwicklung, was lange nicht jeder tut! Wir stehen derzeit vor der großen Herausforderung, die kommunale Bildungsplanung komplett neu aufzustellen, da wir im kommenden Jahrzehnt zehn von 26 Hauptschulen werden schließen müssen. Im Rahmen des vhw-Forschungsprojekts „Educational Governance“ von Prof. Olk erhalten wir nun eine genaue Bestandsaufnahme und Analyse unserer Bildungslandschaft. Bürgerbeteiligung in der Bildungsplanung heißt vor allen Dingen Elternbeteiligung und die Transparenz unserer Arbeit ist uns ein Anliegen. So veröffentlichen wir beispielsweise Bildungsberichte im Internet und geben sie an alle Schulen und über diese letztendlich an die Eltern weiter anstatt die Berichte bei uns ins Regal zu stellen.

Abb. 1: Diskussionsrunde am 25. Februar 2011 in der Berliner Kalkscheune

Das Städtenetzwerk hat den Ansatz der integrierten Stadtentwicklung als ein unverzichtbares Kernthema aufgegriffen. Gleichzeitig ist ressortübergreifendes Arbeiten nach wie vor schwierig. Was bedeutet dies für die Kommunalverwaltung?

Günter Berndmeyer: Wir diskutieren in Essen derzeit die Frage, ob ein regelmäßiges Monitoring sinnvoll ist. Denn bisher, wenn ein Stadtteil droht, abzurutschen, holt man aus der Schublade alle möglichen Berichte raus, Kinderberichte, Familienberichte – oder wie sie alle heißen – und versucht, die Aussagen übereinander zu legen. Und dann wird deutlich, dass man im Prinzip überall gucken muss, wo es entsprechend relevante Informationen zum Umgang mit dem Problem gibt. Es gibt keine Alternative zu integriertem Vorgehen, denn ein Quartier oder eine Stadt ist sehr komplex!

Ulrich Ernst: Natürlich gibt es noch Probleme zwischen den Ressorts, das können wir auch nicht wegdiskutieren. Aber gleichwohl wächst das Verständnis, dass man in bestimmten Bereichen tatsächlich über den Tellerrand gucken muss, dass man oft nur mit einem Querschnittsblick weiterkommt. Es ist wohl normal, dass dies an manchen Stellen besser klappt

als an anderen. Insgesamt, glaube ich, klappt es in den Kommunen aber oft besser als in den Ministerien, wo die interministerielle Zusammenarbeit mir oft weniger ausgeprägt zu sein scheint. Man erwartet von uns Integrierte Handlungskonzepte, während die Ebenen darüber oft gar nicht so integriert vorgehen.

Stephan Schmickler: Ich möchte noch einen Punkt ergänzen, der die Notwendigkeit von integriertem Vorgehen betont. Wir haben nicht in jedem Fachbereich, in jedem Dezernat das Methodenwissen, wie wir Entwicklungsplanung gestalten müssen. Das mag vielleicht in einer Großstadt noch so sein, aber Klein- und Mittelstädte können sich diesen Sachverstand nicht in jedem Fachbereich leisten. Dadurch ist dieses Methodenwissen zumeist im für Stadtentwicklung zuständigen Dezernat konzentriert. Durch ein ressortübergreifendes Vorgehen können und sollten andere Dezernate davon profitieren.

Bürgerorientierte Stadtplanung bedeutet nicht nur, mithilfe von Milieudaten Lebenswelten zu erfassen, es bedeutet auch Partizipation und Dialog. Teilen Sie die These von Professor Walter, dass die Partizipationsgesellschaft die artikulationsschwachen Milieus abhängt? Und wenn ja, wie kann kommunale Politik darauf reagieren?

Günter Berndmeyer: Man muss ja immer in Alternativen denken und die Alternative ist, dass man 20% der Bevölkerung von vornherein abschreibt. Dann müssten wir uns überlegen, wie wir diese Gruppe segregieren, dann machen wir einen Zaun drum und sehen, wie wir das hinkriegen. Das kann natürlich nicht die Lösung sein! Wir müssen, auch mit Hilfe der Milieudaten, genau erkennen, wer unser Gegenüber ist und dann Strategien entwickeln, diese Menschen zu erreichen. Denn *ich* möchte diese Gruppe von Menschen nicht abschreiben!

Dr. Martin Lenz: Mein Lieblingsbegriff für das Verständnis meiner eigenen Aufgabe ist „Führen im kommunalpolitischen Kontext“, und hier kommen wir zu der Frage, was das Städtenetzwerk leisten muss, nämlich einen differenzierten Blick auf DIE Kommune und eine Unterscheidung in Politik und Verwaltung. Denn, und es klarzustellen: Ich bin als Bürgermeister nicht Teil der Politik sondern Verwaltungsspitze. Und mein zweiter Punkt: Vor 20 Jahren standen wir, ähnlich wie jetzt, von der Herausforderung, Wissenschaft und kommunale Praxis, d.h. Begründungs- und Analysekompetenz auf der einen sowie Anwendungs- und Umsetzungskompetenz auf der anderen Seite,

Stadtentwicklung

Nicht Kellergeschoss der Demokratie sondern Fundament!

zu verbinden. Damals stand die Armutsberichterstattung als Bündnis der Kommunen mit der Sozialwissenschaft gegen die damalige Bundesregierung, die gesagt hat, in Deutschland gäbe es keine Armut. Daher beginnt für mich Partizipation von denen, die abgehängt sind, erst einmal mit einer Definition, mit Sozial- und Armutsberichten, mit dem Schaffen von Bewusstsein dafür. Wir haben als reiche Stadt den ersten Kinderarmutsbericht bundesweit geschrieben und das Thema nie unter den Teppich gekehrt. Aber ich habe schon 2009, also lange vor Hamburg, gesagt, dass wir nicht mit Bildungspolitik Sozialpolitik machen können, das verschreckt die Leute. Ich weiß es auch nicht besser, aber ich weiß eins: Ab und zu muss man auch mal Taten folgen lassen! Und sie hören jetzt nicht den Kommunalvertreter, der ein Lied darüber singt, dass wir das letzte Glied in der Kette des Föderalismus sind, nein, wir Kommunen sind nicht Kellergeschoss der Demokratie sondern Fundament und dann müssen wir auch Beispiele aufzeigen. In Karlsruhe werden regelmäßig die Betroffenen der Obdachlosenunterkünfte befragt, selbst die auf der Straße, und damit geben wir der Armut eine Stimme. Und manchmal müssen wir auch abseits der Öffentlichkeit eigenständig agieren, so wie wir z.B. unsere Obdachlosenunterkünfte aufgelöst und die Menschen in dezentralen Wohnungen untergebracht haben, ohne dies groß öffentlich zu machen. Aber machen sie mal eine Abstimmung im Haus nebenan, dann funktioniert das nicht. Und wenn Anwohner sich beschweren, was machen wir dann? Dann machen wir ein kleines Fest und dann merken die Anwohner, dass die wohnungslosen Menschen keine Bedrohung sind. Und da haben wir gezeigt, wir reden nicht nur daher, sondern tun auch was.

Ulrich Ernst: Ob Partizipation die Abgehängten noch weiter abhängt, kann ich nicht beantworten. Jedoch wissen wir aus vielen Best-Practice-Beispielen, welche Elemente dazu beitragen können, Partizipation und Teilhabe an Bildungsprozessen zu verbessern. Dies ist jedoch eine Frage des Willens und vom Bewusstsein der Politik abhängig. Die Notwendigkeit an dieser Stelle zu investieren ist nicht in allen Köpfen präsent. Und oft stehen auch die Mittel für solche Maßnahmen nicht zur Verfügung, gerade in Kommunen in denen gegenwärtig Haushaltskonsolidierung herrscht. Das muss man fairerweise dazu sagen. Das sind freiwillige Leistungen, wie fast alle präventiven Maßnahmen, und da beißt sich die Katze in den Schwanz, denn dort, wo es in den Kommunen am nötigsten wäre zu investieren ist es am schwierigsten umsetzbar.

Stephan Schmickler: Am Ende wird es immer Menschen geben, die man nicht erreichen kann, aus welchen Gründen auch immer. An dieser Stelle muss man ehrlich sein und versuchen, so viele Erkenntnisse zu gewinnen, dass man in Politik und Verwaltung zumindest halbwegs vernünftige Entscheidungen treffen kann. Das Städtenetzwerk kann helfen, relevante Erkenntnisse zu generieren, die wir sonst nicht hätten. Und aufgrund dieser Erkenntnisse können wir in die Lage versetzt werden, besser mit den Problemen umzugehen und sie auch besser in die Politik hinein zu kommunizieren und hier Verständnis zu erzeugen. Es ist sinnvoll und geboten, Menschen zu unterstützen, die sich nicht selber aktivieren. Bergisch Gladbach hat ein eher bürgerliches Profil, die klassischen benachteiligten Stadtteile haben wir nicht sondern eher kleine Siedlungen, die benachteiligt sind. Daher müssen wir die Problematik in ihrer Feinkörnigkeit erkennen. So sinnvoll das Programm Soziale Stadt ist, es greift nicht in den „kleinen Großsiedlungen“, wie wir sie in Bergisch Gladbach haben. Wir müssen lernen, mit dieser Feinkörnigkeit umzugehen und ich erhoffe mir vom Projekt Städtenetzwerk Erkenntnisse, die uns helfen, diese Prozesse besser zu verstehen und politisch zu kommunizieren.